

Generalversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin.

Am Sonntag tagte im Germaniaaal in der Chaussee-Strasse die Generalversammlung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und der Umgegend.

Vorstands- und Kassenbericht.

Den Bericht des Vorstandes erstattete der Zentralvorsitzende Eugen Ernst. Er verwies darauf, daß zu Beginn des Berichtsjahrs die Reichstagswahlen vollzogen wurden und sagte, wenn dieselben auch nicht so ausgefallen sind, wie wir wünschten, so haben sie uns doch gezeigt, was die Kraft und Stärke unserer Organisation ist.

Um die Agitation zu fördern, hat sich der Verband bemüht, den Bezirksführern mit Material bei Ausübung ihrer Tätigkeit an die Hand zu geben, den Genossen eine Anzahl von Blättern und Broschüren zu ernährten Preisen abgegeben und auch einige politische aufklärende Broschüren gratis verteilen lassen.

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Schauspielhaus: „Der Dummkopf“, Lustspiel von Ludwig Fulda. Die neue, zuerst in Wien aufgeführte Fuld'sche Komödie fand bei trefflicher Besetzung eine sehr freundliche Aufnahme.

Ein schnurriger Kauz von Onkel feht Justus als den „Dummkopf“ und darum Bedürfnisse der Verwandten zum Universalerben ein, worin der junge Mann eine schwere Kränkung seiner Ehre erblickt.

über die Parteioorganisation Groß-Berlins gelangte im Oktober und November zur Verteilung an die Delegierten und Funktionäre der Organisation. Das internationale Protokoll, das Protokoll des preussischen Parteitag, Davids Referentienführer, Kautskys Kolonialpolitik, die Wahlschlüsse der bürgerlichen Parteien, Eisner „Das Ende des Reiches“, wurden zu ermäßigten oder Selbstkostenpreisen an alle Genossen, welche den Bezug wünschten, abgegeben.

Die Tätigkeit der Auerdenkmal-Kommission beziehungsweise die Wahl und Ausführung des Entwurfes ist von der Bildhauerorganisation zum Gegenstand von Angriffen gemacht worden. Der Aktionsausschuß hat in Gemeinschaft mit den Vertretern der Bildhauer diese Angelegenheit beraten.

„Das Komitee gibt zu, daß es ein Fehler war, die Entwürfe zum Auerdenkmal nicht öffentlich ausgestellt zu haben. Es bedauert weiter, daß die mit der Ausführung beauftragte Firma auch Unorganisierte beschäftigt.“

Das im Auftrage der Genossen Berlins herausgegebene Werk „Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“ hat leider immer noch nicht die Beachtung gefunden, welche es verdient.

Weiter gab der Redner eine Uebersicht über die Beschlüsse der Prehlkommission und über die Tätigkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. Ihr Hauptaugenmerk hat die Kommission auf den Ausbau der Organisation gerichtet.

am 31. Dezember 1905 41 700 Mitglieder, 31. 1906 64 968, 31. 1907 82 427

So erfreulich auch das Wachstum der Mitgliederzahl ist, so darf das allein uns noch nicht befriedigen. Vor allem kommt es darauf an, die neu gewonnenen Mitglieder zu zielbaren Parteigenossen zu machen.

Im Vordergrund des politischen Interesses steht jetzt der Wahlrechtskampf in Preußen. Das Dreiklassenwahlrecht entzweicht den größten Teil des Volkes, weil es arm ist.

wider Willen zu wunderbar bereitem Ausdruck und milderte nach Möglichkeit das Karikierete. Sehr flott und reizvoll war die Amerikanerin des Fräulein Lilly Waldegg.

Humor und Satire.

Blod-Afshermittwoch.

Der Karneval ist aus. Jetzt laßt mit Affche Ihr Liberalen, auch die Glajen reiben! Die Freude schwand und leer ist jede Tasche, Nichts bleibt euch übrig von dem großen Treiben.

Referendar-Examen. Sie haben das Examen bestanden, Herr Kandidat. Ihre schriftliche Arbeit war leider nicht ausreichend.

Notizen.

Bühnenchronik. Girardis Gastspiel am Thalia-Theater schließt am 27. März. Im Herbst wird er ein neues Gastspiel in Berlin beginnen und in Wien überhaupt vorläufig kein Engagement eingehen.

die Waffe aufnehmen und sie gegen diejenigen anwenden, die sich bei der Wahl als unsere Gegner erklären. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. (Beifall.) Lange genug sind wir Ambos gewesen, jetzt wollen wir Hammer sein!

Den Kassenbericht

erstattete der Kassierere Wöste. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1907 betrug die Gesamteinnahme 324 336,82 M., die Gesamtausgabe 290 804,75 M., bleibt ein Bestand von 33 532,07 M.

Den Delegierten wurde der gedruckte Jahresbericht eingehändigt. Derselbe weist unter vielem anderen die Mitgliederbewegung in den einzelnen Wahlkreisen während der letzten drei Jahre nach.

Table with 3 columns: Ende Dezbr. 1905, Ende Dezbr. 1906, Ende Dezbr. 1907. Rows include Kreis 1-6, Teltow-Beeslow, Nieder-Barnim, and Summa.

Die Zahl der nach den Kassenberichten eingegangenen Vereinsbeiträge belief sich auf:

Table with 3 columns: 1906, 1907. Rows include Kreis 1-6, Teltow-Beeslow, Nieder-Barnim, and Summa.

mithin 106 532 Beiträge mehr als 1906.

Zur Diskussion

Aber den Geschäfts- und Kassenbericht meldete sich nur ein Redner. Derselbe wünschte, daß die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung noch billiger als jetzt abgegeben werde.

Vorstandswahlen.

Einstimmig wiedergewählt wurden: Ernst als erster Vorsitzender, Liepmann als Schriftführer und Wöste als Kassierer. Die übrigen Vorstandsmitglieder sind in den Generalversammlungen der Wahlvereine gewählt und zwar:

Adolf L'Arronge beging am Sonntag seinen 70. Geburtstag. Titel, Orden sind ihm zuteil geworden. Dafür ist er schließlich nicht verantwortlich zu machen.

Felix Weingartner ist von der Königl. Generalintendantur für kontraktbrüchig erklärt worden, da er die Leitung der Sinfoniekonzerte eigenmächtig unter dem nichtigen Vorwande niedergelegt habe.

Dr. Hermann Dreymer, dem Begründer der Augenheilstätten zu Görbersdorf, die für die Behandlung der Tuberkulose durch Höhenklima vorbildlich geworden sind, wurde in Breslau ein Denkmal gesetzt.

Literarische Rundschau.

Eine Geschichte des Dreiklassenwahlrechts.

Eine zusammenfassende geschichtliche Darstellung des preussischen Wahlrechts war bisher nicht vorhanden. Wohl ist in zahlreichen Zeitungen und Broschüren geschildert, wie im Laufe der Jahrzehnte das preussische Wahlrecht immer reaktionärer gestaltet, wie das Volk allmählich entrechtet wurde, wie das Dreiklassenparlament seine Aufgabe darin erblickte, das Wahlsystem weiter und weiter nach rückwärts zu revidieren und wie die Regierung den herrschenden Klassen dabei Helfersdienste leistete, aber im Zusammenhang sind die Ereignisse noch nicht beschrieben worden.

Was dem Verfassers Buch bleibenden Wert verleiht, ist vor allem, daß es jede seiner Behauptungen altmählich beweist, und zwar gerade durch Dokumente aus den Verhandlungen des Parlamentes selbst. In ihrer Gesamtheit bilden diese Aktenstücke eine Materialiensammlung, die niemand unbeachtet lassen kann, gleichviel auf welchem politischen Standpunkt er steht.

In Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie und im Gegensatz zu allen bürgerlichen Autoren zieht v. Gerlach aus der Entstehungsgeschichte des Dreiklassenwahlrechts den Schluss, daß die heute gültige Verordnung vom 30. Mai 1849 nicht nur widersinnig, sondern auch widerrechtlich ist. — „An der Wiege des Dreiklassenwahlrechts stand der Verfassungsbruch! Das materielle Unrecht, daß es all die Jahrzehnte hindurch dem preussischen Volke zugefügt hat, hat zur Grundlage eine formelle Rechtswidrigkeit größtenteils Art.“

Die Kritik, die der Verfasser an dem Dreiklassenwahlsystem übt, ist geradezu vernichtend. Die Willkür in der Festsetzung der Wahlkreise, die Schikanierung der Wahlmänner durch die Bestimmung der Wahlorte, die „ausgesuchten Feinheiten“ der Klasseneinteilung werden bis in alle Details besprochen und schonungslos der Lächerlichkeit anheimgegeben.

Sie ist geradezu vernichtend. Die Willkür in der Festsetzung der Wahlkreise, die Schikanierung der Wahlmänner durch die Bestimmung der Wahlorte, die „ausgesuchten Feinheiten“ der Klasseneinteilung werden bis in alle Details besprochen und schonungslos der Lächerlichkeit anheimgegeben. Ganz besonders leuchtend ist das Kapitel über die öffentliche Wahl, ein trauriges Kapitel obrigkeitlicher Bevormundung aller abhängigen Existenzen vom hohen Staatsbeamten herab bis zum Nachtwächter und Gemeindevorsteher.

Das Buch bietet für diese rapide Steigerung der Bodenwerte und deren treibende Faktoren eine Fülle von Beispielen aus großen und kleinen Städten. Nur einiges sei aus der Fülle des Materials herausgegriffen. Es stieg der Grundrentenwert der bebauten Grundstücke am Hausvogteiplatz in Berlin im Durchschnitt pro Quadratmeter von 14 M. im Jahre 1865 auf 344 M. im Jahre 1880 und 900 M. im Jahre 1895. Heute wird er sich abermals um hunderte von Mark erhöhen.

Angehts dieser Beweisstücke ist es eine doppelte Verhähnung des Volkes, wenn Fürst Bülow unter Verweigerung des Erhabenen die öffentliche Abstammung durch die geheime davon zu reden wagt, daß die Regierung sich jeder Wahlbeeinflussung enthalten würde.

In dem Teil des Buches, der der Kritik des Verhaltens der verschiedenen Parteien in der Wahlrechtsfrage gewidmet ist, hält der Verfasser gründliche Abrechnung, nicht nur mit den offenen, sondern auch mit den verkappten Gegnern des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Sinn gegen das Dreiklassenwahlsystem auf sich hat. Wohl hat es zu jeder Zeit vereinzelte Ausnahmen gegeben, die mit jähher Energie für die Befreiung des preussischen Wahlrechts eingetreten sind, aber das Gros des Freisinns hat in diesem Kampfe versagt, es hat Jahre hindurch Schweigen bei Fuß gestanden und nichts getan, um seine programmatische Forderung zu propagieren.

Genau so unzuverlässig wie der Freisinn hat sich das Zentrum erwiesen, das zwar in der Öffentlichkeit sich als Anhänger des Reichstagswahlrechts für Preußen gebürdet, aber hinter den Kulissen von jeher eine schamhafte Schacherpolitik getrieben hat, um seine eigenen Parteiziele zu machen und für sich möglichst viel herauszuschlagen.

Die Wandlungen, die sich in den Reihen der Sozialdemokraten in Bezug auf die Wahlbeteiligung vollzogen haben, schildert v. Gerlach an der Hand der Beschlüsse der verschiedenen Parteitage, ohne aber den Beweggründen näher nachzuforschen.

Noch das nur nebenbei. Diese falsche Beurteilung der Sozialdemokratie ist gewiß bedauerlich, aber sie vermag nicht unser Urteil über die fleißige Arbeit zu trüben, deren eifriges Studium wir allen Genossen dringend empfehlen können.

Die städtische Bodenfrage. Eine Untersuchung über Ursachen, Ursachen und Abhilfe von Dr. R. v. Wangoldt. Göttingen, Wadenhoe und Ruprecht. 745 Seiten. Droschkart 10,— M., gebunden 11,20 M.

Das von dem Deutschen Verein für Wohnungsreform herausgegebene Werk trägt das Motto „und erlöse uns von dem Leibel“. Die Worte Knauthaus „Der erste, welcher ein Stück Feld umzäunte und zu den andern sagte: „Das ist mein“ und Leute fand, die leichtgläubig genug, ihm das glaubten, war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft.

Wie ein Alp lastet die wuchernde Ausbeutung des Grund und Bodens auf dem Volke. Milliarden werden da in wenigen Jahren von einzelnen Bevorzugten aus der Erde gezogen und als verzinsbare Last auf die Schultern der Allgemeinheit gewälzt. Wir befinden uns wie in einem Rauberlande“, sagt der Verfasser. Die Millionen, ja die Milliarden irren nur so aus dem Boden hervor.

Das Werk bietet für diese rapide Steigerung der Bodenwerte und deren treibende Faktoren eine Fülle von Beispielen aus großen und kleinen Städten. Nur einiges sei aus der Fülle des Materials herausgegriffen. Es stieg der Grundrentenwert der bebauten Grundstücke am Hausvogteiplatz in Berlin im Durchschnitt pro Quadratmeter von 14 M. im Jahre 1865 auf 344 M. im Jahre 1880 und 900 M. im Jahre 1895.

Der auf nationalsozialem Boden stehende Verfasser erkennt denn auch die ganze Größe der Gefahr, die durch den Bodenwucher nicht nur dem Wirtschaftlichen, sondern in seiner Folge auch dem Staatseinleben droht und ruft in „eifer Stunde“, wie er sagt, um Hilfe.

Bei seinen Vorschlägen erwähnt der Verfasser den Bau von Häusern und die Vermietung ihrer Wohnungen durch die Städte in eigener Regie nur in knappen vier Zeilen. Und doch wäre unter den heutigen Verhältnissen gerade dies das zwingendste Mittel.

Zwei Tendenzen laufen bei diesen Vorschlägen parallel, die eine, eine Verteilung des für die Stadterweiterung benötigten Grund und Bodens möglichst hinten zu halten, die andere, eingetretene Wertsteigerungen für den Säckel der Allgemeinheit in Anspruch zu nehmen.

In ersterem Zwecke wird gefordert, daß die Stadterweiterung für ein öffentlich-rechtliches Geschäft erklärt werde, das von Staat, Gemeinde oder besonderen von ihnen zu schaffenden oder zu privilegierenden Organisationen in die Hand genommen werden solle.

Der öffentlich-rechtlichen Stadterweiterung wird dabei die Aufgabe zugewiesen, baureifes Land, das durch einen weitläufigen Bauplan für Jahrzehnte im voraus erschlossen wird, in dem Gebiete des „schmalen Landes“, der zwischen dem bebauten und dem Ackerland liegt, zu billigen Preisen bereit zu halten.

Ein typisches Bild dieses gemeindebehördlichen Bodenwuchers bietet Berlin. Beispielsweise hatte die Stadt an der Weidenammer Brücke aus einer Straßenregulierung 1000 Quadratmeter Land übrig behalten, für die es die Kleingeldnote von 1400 000 M. forderte.

Auf welchen Widerstand wird unter solchen Umständen ein brauchbares, die Bodenspekulation treffendes Enteignungsgesetz oder die vom Verfasser vorgeschlagene fakultative oder obligatorische Stadterweiterungstaxe stoßen. Unter Stadterweiterungstaxe versteht dieser, daß das gesamte Land in der Erweiterungszone der Städte, das überhaupt etwa für die Befriedelung der nächsten 50 Jahre in Betracht kommt, jetzt, ohne Verzug und alsbald, nach seinem jetzigen Werte taxiert wird und zwar so, daß keine übertriebenen Schätzungen stattfinden und daß dann, wenn die zur öffentlichen Stadterweiterung berufenen Stellen, sei es früher, sei es später, zur Enteignung von Land greifen, im allgemeinen der so durch die Stadterweiterungstaxe festgesetzte jetzige Wert zuzüglich gewisser mäßiger Ertragszuschläge als höchster Entschädigungspreis bei der Enteignung angelehnen und höhere Ansprüche seitens der Landeigentümer nicht sollen erhoben werden können.

Der Verfasser glaubt an eine Ueberwindung der seinen Vorschlägen entgegenstehenden Schwierigkeiten, weil heute schon einzelne größere Städte den Bodenwucher einzuschänken versuchen, so Frankfurt a. M., Ulm, Mannheim usw. Doch auch hier besteht nur die Ausnahme die Regel. Diese genannten Städte können nämlich insofern bestimmend in die Bodenpolitik ihrer Gemeinden eingreifen, weil sie selbst einen mehr oder weniger großen Teil des Gemeindegebietes besitzen.

Die Ausstattung der privilegierten Spekulantengruppen in Gemeinde und Landesparlament ist das Primäre, ist der springende Punkt, ohne den alle Verbesserungsversuche in der Luft schweben. Ist dies geschehen, so spielt die Verwendung des städtischerseits erworbenen Grundlandes, ob durch Erbbaurecht, durch „Vauslei“, durch Baugenossenschaften, oder durch Offenhaltung des Wiederkaufrechtes usw., nur eine nebenläufige Rolle.

Bei seinen Vorschlägen erwähnt der Verfasser den Bau von Häusern und die Vermietung ihrer Wohnungen durch die Städte in eigener Regie nur in knappen vier Zeilen. Und doch wäre unter den heutigen Verhältnissen gerade dies das zwingendste Mittel.

Für die Sozialdemokratie haben denn auch all die Vorschläge des Verfassers nur die Bedeutung eines Palliativmittels. Denn selbst ihre altseitige und glatte Durchführung wäre für das Krebsübel des Bodenwuchers nur ein homöopathisches Linderungsmittel.

*) G. v. Gerlach: Die Geschichte des preussischen Wahlrechts. 1908. Verlag der „Hülse“, Preis 2 M.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Für Wahlrechtsdemonstrationen — ist die Straße nicht da!

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte gestern durch die 144. Schöffensabteilung darüber zu entscheiden, ob derjenige „groben Unfug“ verübt, der auf offener Straße seine Meinung über das Dreiklassenwahlrecht in dem Ruf nach dem freien Wahlrecht zum Ausdruck bringt.

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hatte gestern durch die 144. Schöffensabteilung darüber zu entscheiden, ob derjenige „groben Unfug“ verübt, der auf offener Straße seine Meinung über das Dreiklassenwahlrecht in dem Ruf nach dem freien Wahlrecht zum Ausdruck bringt.

Drei Schulkollegen, die die Verhaftungen der drei vorgenannten hatten, waren als Zeugen geladen. Ihre Aussagen ergaben, daß selbst nach polizeilicher Auffassung die Angeklagten nicht den allergeringsten Widerstand geleistet oder auch nur zu leisten versucht hätten.

Was andere vor dem Reichskanzlerpalast gedurft hätten, das dürfe er doch auch. Von den Zivilpersonen, die durch die Verteidigung geladen waren, kamen nur drei dazu, ihre Aussagen zu machen.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte Ladung des Reichskanzlers Fürst Billow und des früheren Polizeipräsidenten v. Vorries. Von beiden seien, das werde von ihnen behauptet werden, die Straßendemonstrationen des vorigen Jahres, die sich an die Reichstagswahlen angeschlossen, öffentlich als zulässig gekennzeichnet worden.

Der Amtsanwalt beantragte gegen alle Angeklagten Verhängung der Haftstrafe von 1 Woche. Für Roas beantragte der Verteidiger Theodor Lieblrecht Freisprechung oder Umwandlung der Haftstrafe in eine kleine Geldbuße.

Das Gericht entschied, die Straße sei nicht für Demonstrationen da, ob die Bestrebungen der Angeklagten nun berechtigt seien oder nicht. Durch solche Massenproteste von Anhängern des allgemeinen Wahlrechts werde die übrige Bevölkerung beunruhigt.

Zudem sei Rechtsanwalt Heinemann in eine Angehörstrafe von 20 M. zu nehmen, weil er gesagt habe — Heinemann selber vernahm die sichtlich Stützen — im Strafbefehl sei in wenig geschmackvoller Weise von „brüllen“ geredet worden.

Gefährliche Zeugniserbereitschaft.

Wir haben am Freitag berichtet über eine Gerichtsverhandlung gegen einen Schlosser M., der angeklagt war, am Wahlrechtssonntag den Versuch einer Gefangenenbefreiung gemacht zu haben.

Wir haben am Freitag berichtet über eine Gerichtsverhandlung gegen einen Schlosser M., der angeklagt war, am Wahlrechtssonntag den Versuch einer Gefangenenbefreiung gemacht zu haben.

Es ist, wir wiederholen das, jedermanns Pflicht, sich zum Zeugen anzubieten, wenn er sein Zeugnis für erforderlich hält. Erfreulicherweise ist auch in einem großen Teil der Bevölkerung das Verständnis für diese Pflicht noch vorhanden.

Rein, es sollte bei Eistierungen wirklich nicht der erste Gedanke etwaiger Zeugen sein, mit zur Wache zu laufen. Wichtiger und richtiger ist es, schleunigst die Adressen weiterer Zeugen zu beschaffen und mit diesen zusammen sich dem Eistierten zur Verfügung zu stellen.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Am Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr Wählerversammlung bei Schellhale. — Der Zahlabend fällt aus. Schamargendorf. Morgen, Mittwoch, findet der Zahlabend im Restaurant Lindenbaum statt.

Bris-Duckow. Morgen Mittwoch, den 11. März, abends 7/8 Uhr, findet im „Landhaus“, Chausseestr. 97, eine Vereinsversammlung

statt. Tagesordnung: Vortrag über Gemeindepolitik. Referent: Genosse Düweil; Diskussion; Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl und Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Frauen und Gäste haben Zutritt.

Markensfelde. Der Zahlabend findet diesmal bei Jaruzewsky statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Saherlehme-Wildau. Am Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale von Schumann eine öffentliche Gemeindevählerversammlung statt. Die Flugblattverbreitung hierzu erfolgt heute Dienstagabend vom Bezirkslokal aus.

Grüner. Am Mittwoch, den 11. ds. Mts., findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht von der Verhandlungsversammlung; Bekanntgabe des Wahlergebnisses und Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.

Wilhelmsruh-Nieder-Schönhansen-West. Heute, Dienstag abends 7 1/2 Uhr: Handzettelverbreitung. Die Genossen treffen sich im Lokal von Barth, Viktoriastraße 7. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet. Der Vorstand.

Pankow. Heute Dienstag, abends 7/8 Uhr, findet im „Kurfürsten“, Berliner Straße 102, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Stücken über „Sozialismus und Gemeindepolitik“.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Berliner Nachrichten.

„Silber-Abonnenten.“

Das Stödersche „Reich“ pfeift wieder einmal auf dem letzten Lode. In seiner letzten Sonntagsnummer läßt das Blatt von neuem das Rosignal ertönen und bittet mit bekannter Dreistigkeit um milde Gaben.

Man muß es den Stöderschen lassen: den Kummel haben sie fein heraus, und das Fechterhandwerk verstehen sie, wie sich's für brave Kirchenleute geziemt, auf dem f! Ob sich genug — Freigebeige finden werden?

Tafelso.

In früheren Jahren fanden es manche Lehrpersonen für angemessen, Entschuldigungszettel, die ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft zuzugingen, in Berliner Blättern zu veröffentlichen.

„Geheimes Fräulein! Ich hatte Sie voriger Woche gebeten mein Sohn die nötigen Hefte zu überlassen, da dies noch nicht geschehen ist so ferlange ich unverzüglich als Staatsbürger von Berlin mit einer Familie von 10 Köpfen seit November 1907.

Wir können nicht in die Entschuldig gewisser Blätter über das in dem Briefe ausgesprochene Verlangen um Gewährung der Schulmaterialien einstimmen, sondern halten es für ganz berechtigt, wenn ein Familienvater von neun Kindern, der noch dazu seit November arbeitslos ist, für seine schulpflichtigen Kinder Schulmittel begehrt.

Entscheid. Gestern früh 6 1/2 Uhr entgleitete auf dem Schleifischen Bahnhof beim Zurückdrängen des Leeres 1309 in Weiche 2 der Schlußwagen mit einer Wache dadurch, daß die Junge der Weiche nach dem Umstellen nicht ordnungsmäßig schloß.

Der Jugend ein Vorbild. Vor einem Vierteljahr veröffentlichten wir Mitteilungen über einen Berliner Pastor, der im Konfirmandenunterricht auf seine Höglinge durch Schimpfwörter und durch Prügel zu wirken suchte.

